

❖ Am 23. Mai feiert die Bundesrepublik Deutschland den sechzigsten Jahrestag ihres Grundgesetzes. Was zunächst als Provisorium gedacht war, wurde nach der Wiedervereinigung zu der freiheitlichsten und stabilsten Verfassung, die es in diesem Land je gab, und hat als festes Wertefundament den Weg zu innerer Einheit, voller Souveränität und weltpolitischer Verantwortung geebnet.

Unter dem Titel *Fundamente für Freiheit und Einheit* beleuchtet das April-Heft der Politischen Meinung Bewährungsproben und demokratische Weichenstellungen, die das Grundgesetz vor dem Hintergrund einer bewegten Geschichte gemeistert hat: die Bedeutung des Bundestages, der am 7. September 2009 seinen sechzigsten Geburtstag feiert und der in Abgrenzung zu Weimar gestärkt worden war (Norbert Lammert, Seite 5 ff.). Aus der Lehre, dass Demokratie allein Freiheit nicht sichert, folgte die Grundentscheidung für „wehrhafte Demokratie“, und ein Geflecht von Regelungen und Institutionen zur Begrenzung von Macht und Mehrheit wurde verankert (Wolfgang Schäuble, Seite 10 ff.). Auch die NATO feiert am 4. April ihren sechzigsten Geburtstag. Sie sicherte für Deutschland, das dem Bündnis am 6. Mai 1955 beitrug, die Entwicklung in Frieden und Freiheit (Franz Josef Jung, Seite 15 ff.).

Zeitgleich zu den zahlreichen Festveranstaltungen in diesem Jubiläumsjahr rollt die Finanzkrise weltweit über die Märkte. Schwere Wirtschaftseinbrüche und eine Rezession mit schrumpfender Produktion zeichnen sich ab, Alarmsignale aus der Automobilindustrie wecken Erinnerungen an die große Depression der Zwanzigerjahre. Die Unabsehbarkeit der endgültigen Folgen lassen das Unbehagen wachsen und den kostbarsten Wert, der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenhält, schrumpfen: das Vertrauen der Menschen.

Der Mensch steht im Mittelpunkt unserer Verfassung. Die dort verankerten Grundrechte stellen die menschliche Würde über alles und den Anspruch auf deren Schutz und Achtung abso-



lut. Zwar enthält das Grundgesetz keinen eigenen Abschnitt zur Wirtschaftsordnung, dennoch gibt es Linien vor, die für die Gestaltung einer Wirtschaftsordnung von Wert sind. Dazu gehören die enge Verschränkung von Freiheit und Gemeinwohlverpflichtung etwa beim Privateigentum ebenso wie die Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland gemäß

unserer Verfassung ein Rechts- und Sozialstaat ist, der sich auch soziale Gerechtigkeit auf die Fahnen geschrieben hat. Dahinter steht die Vorgabe, dass die Wirtschaft den Menschen zu dienen hat und nicht umgekehrt: „Eigentum verpflichtet“, nach Artikel 14: „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Etwas allgemeiner hat es Reinhard Marx in seinem Buch *Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen* formuliert: „Die soziale Marktwirtschaft ist ein Zivilisationsprodukt. Das haben viele vergessen.“

Das Ergebnis von Freiheit ohne Verantwortung erlebe man gegenwärtig, so Bundespräsident Horst Köhler in seiner Berliner Rede, und rügte zu Recht den Mangel an Selbstkritik der Verantwortlichen und die noch ausstehende Selbstbeteiligung an dem angerichteten Schaden. Es wäre wünschenswert, dass diese Botschaft ihre Empfänger auch erreichte. Aber zeichnet uns Deutsche im Allgemeinen nicht eine besondere Fähigkeit zur Selbstkritik aus? Deutschlands erfolgreiche Integration in Europa wäre ohne diese Befähigung undenkbar. Aus Fehlern kann gelernt werden, dies zeigen nicht zuletzt sechzig Jahre Erfolgsgeschichte Grundgesetz. Auch die derzeitige wirtschaftliche Wertekrise bietet also die Chance zu einer – an sich selbstverständlichen – Einsicht: Markt braucht Moral und kann ohne ethischen Ordnungsrahmen nicht funktionieren. ❖



Danja Bergmann